

Wird eingefügt in:

http://ec.europa.eu/energy/consultations/20130702_green_paper_2030_en.htm

abschriftlich an: COPA/COGECA

Grünbuch – Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030

Wien, 24. Juni 2013

4. FRAGEN

4.1. Allgemeine Fragen

- Welche Erfahrungen aus dem energie- und klimapolitischen Rahmen bis 2020 und dem derzeitigen Stand des Energiesystems der EU sind für die Gestaltung des Politikrahmens bis 2030 am wichtigsten?

Das Grünbuch beschreibt die klima- und energiepolitischen Zielsetzungen für Europa bis zum Jahr 2030 dahingehend, dass eine Verringerung der Treibhausgase, eine Vorreiterrolle für die effiziente Energienutzung und die Sicherung der Energieversorgung bei gleichzeitiger Sicherstellung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden sollen. Mit dem Klima- und Energiepaket der EU wurden Zielvorgaben für 2020 gemacht. Die Umsetzung in den jeweiligen MS verläuft jedoch mit unterschiedlicher Intensität.

Um eine Zielerreichung möglich zu machen, erscheinen konkrete Zielvorgaben bis zum Jahr 2030 unerlässlich zu sein, da sich diese Zielfestlegung auch für die Periode 2020 auf Ebene der MS im Bereich Klimaschutz und Ausbau erneuerbarer Energieträger bewährt hat.

Zudem führt die Verringerung des Kaufkraftverlustes durch eine Reduzierung der fossilen Energieimporte zu einer deutlichen Steigerung der heimischen Wertschöpfungskette.

4.2. Zielvorgaben

- Mit welchen Zielvorgaben für den Zeitraum bis 2030 könnten die klima- und energiepolitischen Ziele der EU am wirkungsvollsten unterstützt werden? Auf welcher

Ebene sollten sie umgesetzt werden (EU, Mitgliedstaaten oder Sektoren) und inwieweit sollten sie rechtsverbindlich sein?

Die Aufrechterhaltung des derzeitigen Systems in der Form, dass weiterführende verbindliche Ziele auf EU-Ebene, die in den MS unterschiedlich ausgestaltet werden können, definiert werden, wird als notwendig erachtet. Dadurch können die jeweiligen Potenziale in den MS am besten und effizientesten genutzt werden. Zudem sollten Erneuerbare Energieträger im Allgemeinen und Biomasse im Besonderen eine zentrale Rolle einnehmen. Jene Sektoren, die in den vergangenen Jahren den höchsten Anstieg an Treibhausgasemissionen verursacht haben (z.B. Verkehr) sollten besondere Anstrengungen unternehmen, zukünftig zu einer Emissionsreduktion beizutragen. Das Emissionshandelssystem, das sich in den letzten Jahren wegen des Überangebots an Emissionszertifikaten, des niedrigen CO₂ Preises und des Scheiterns, langfristige Investitionen in CO₂ arme Technologien herbeizuführen, als ein ungeeignetes Klimaschutz-Instrument herausgestellt hat, bedarf einer grundsätzlichen Reformierung.

- Sind bei den derzeitigen Zielvorgaben für die Zeit bis 2020 Widersprüche aufgetreten? Wenn ja, wie könnte eine größere Kohärenz der potenziellen Zielvorgaben für das Jahr 2030 gewährleistet werden?

Gerade im Bereich der Erneuerbaren Energien sind die Zielvorgaben hinter den realistischen Ausbaumöglichkeiten auf der Basis der vorhandenen Potentiale zurückgeblieben. Zielvereinbarungen für die Periode bis 2030 sollten die vorhandenen Potentiale verstärkt berücksichtigen.

- Sind Zielvorgaben für Teilsektoren wie Verkehr, Landwirtschaft und Industrie sinnvoll und wenn ja, welche? Muss z. B. im Verkehrssektor trotz der bereits festgelegten CO₂-Reduktionziele für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge ein Anteil an erneuerbaren Energien als Ziel vorgegeben werden?

Sowohl für den ETS- als auch NON-ETS Bereich sind Zielvorgaben von Bedeutung. Jene Sektoren, die bislang nichts oder zu wenig zum Klimaschutz beigetragen haben, sollten verstärkt in die Pflicht genommen werden. Besonderer Handlungsbedarf wird im ETS-Sektor sowie im Verkehrsbereich gesehen. Der Einsatz von erneuerbaren Energien im Verkehrsbereich, insbesondere Biotreibstoffe, senkt nicht nur die Treibhausgasemissionen, sondern ersetzt auch fossile Energie und beträchtliche Importmengen selbiger. Darüberhinaus werden Eiweißimporte aufgrund der im Biotreibstoffproduktionsprozess zwingend entstehenden Koppelprodukte (Eiweißfutter) substituiert, wodurch sich auch in

diesem Bereich ein Mehrfachnutzen (heimische Produktion und Wertschöpfung sowie verringerte Eiweißimportmengen – samt der zugehörigen Flächenentlastung) ergibt. Auch dem Gebäudesektor (Wärme) wird besonderer Handlungsbedarf attestiert.

Vorleistungen wie sie z.B. die Landwirtschaft in den letzten 20 Jahren erbracht hat, müssen jedenfalls berücksichtigt werden.

- Wie könnten die Zielvorgaben des Rahmens bis 2030 der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und der zunehmenden Ausgereiftheit der Technologien stärker Rechnung tragen?

Sobald neue Technologien marktfähig sind, werden sie sich auch am Markt etablieren, insbesondere wenn Förderungen zur raschen Marktdurchdringung gewährt werden und/oder Kostenwahrheit bei den konkurrenzierenden fossilen Energietechnologien herrscht. Von zentraler Bedeutung sind dabei stabile Rahmenbedingungen für die Stakeholder. Eine etwaige Forcierung von Nuklear- & CCS-Technologie als Klimaschutzmaßnahme kann aber in diesem Zusammenhang keinesfalls toleriert werden.

- Wie sollten die Fortschritte in anderen Bereichen der EU-Energiepolitik, z. B. der Versorgungssicherheit, bewertet werden, die nicht unter die Kernziele fallen?

CO₂ neutrale Energieträger sollten prioritär behandelt werden.

Die Förderung von klimaschädlichen Energieträgern unter dem Deckmantel der Versorgungssicherheit ist abzulehnen.

4.3. Instrumente

- Sind Änderungen anderer politischer Instrumente erforderlich, und welche Wechselwirkungen bestehen zwischen ihnen, auch zwischen EU- und einzelstaatlicher Ebene?

Die Zielkonflikte zwischen Naturschutz und Klimaschutz werden immer deutlicher sichtbar. Hier ist eine ganzheitliche Betrachtung erforderlich und Ausgleich der Schutzgüter anzustreben.

Zudem ist es wesentlich, dass in den politischen Zielvorgaben Kontinuität und Vorhersehbarkeit herrscht und keine laufende Trendumkehr erfolgt. Nur damit kann es einem Sektor gelingen, einen zielgerichteten Entwicklungspfad zu entwerfen und diesen erfolgreich zu beschreiten. Eine Stop & Go-Politik der Institutionen ist der Erreichung jeglicher,

insbesondere ambitionierter Ziele, abträglich, entwertet bereits getätigte Investitionen und beschädigt die Glaubwürdigkeit sowie das Vertrauen von Investoren.

- Wie sollten spezifische Maßnahmen auf EU-Ebene und einzelstaatlicher Ebene definiert werden, um eine möglichst große Kosteneffizienz bei der Verwirklichung der klima- und energiepolitischen Ziele gewährleisten?

Oberste Priorität müssen regional verfügbare Potenziale samt deren Wertschöpfungsmöglichkeiten haben. Projekte zur Erreichung höherer Ressourceneffizienz und Nutzungskaskaden sollten forciert werden. Die Herstellung von Kostenwahrheit insbesondere bei fossilen und nuklearen Energieträgern ist als Grundvoraussetzung jeglicher Kosteneffizienzdiskussionen unumgänglich.

- Wie kann am wirksamsten eine Fragmentierung des Energie-Binnenmarkts verhindert werden, insbesondere im Hinblick auf die Förderung und Mobilisierung der erforderlichen Investitionen?

Durch klare und verbindliche Zielvorgaben, die von der Öffentlichkeit und möglichst allen Involvierten der jeweiligen Wertschöpfungskette mitgetragen werden.

- Welche Maßnahmen könnten ins Auge gefasst werden, um eine größtmögliche Kosteneffizienz weiterer Energieeinsparungen zu erreichen?

Es sollten zuerst vergleichbare Parameter entwickelt werden und Kostenwahrheit bei den fossilen und nuklearen Energieträgern hergestellt werden.

- Wie können die Forschungs- und Innovationspolitik der EU die Umsetzung des Rahmens für den Zeitraum bis 2030 am wirksamsten unterstützen?

Ein CO₂ neutrales Energiesystem sollte auch in der Forschungs- und Innovationspolitik besondere Berücksichtigung finden.

Die Entwicklung von Marktanreizprogrammen und Anreize für einen Technologietausch (z.B. alte Ölkessel gegen neue Biomassekessel), eine stärkere Forcierung von Pilotprojekten und Nutzung der Potentiale der Ressourceneffizienz ist anzustreben.

4.4. Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit

- Auf welche Elemente des klima- und energiepolitischen Rahmens sollte mehr Gewicht gelegt werden, um die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern?

Die regionale Wertschöpfung und die optimale Nutzung der jeweiligen regionalen Potenziale sollten im Mittelpunkt des Ausbaus dezentraler erneuerbarer Energieträger stehen.

Für die weitere Entwicklung des ländlichen Raums ist jedenfalls eine nachhaltig produzierende und wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft zur Ernährungssicherung aber auch zur Erzeugung von Rohstoffen für die stoffliche und energetische Nutzung unbedingt erforderlich.

- Welche Belege gibt es für eine Verlagerung von CO₂-Emissionen bei dem derzeitigen klima- und energiepolitischen Rahmen und kann diese quantifiziert werden? Wie kann dieses Problem innerhalb des Rahmens für die Zeit bis 2030 angegangen werden?

Durch Zukäufe von Zertifikaten aus Drittstaaten werden Emissionen virtuell verlagert. Das Emissionshandelssystem bedarf einer grundsätzlichen Überarbeitung, die Möglichkeiten, durch JI/CDM-Programme Klimaziele zu erreichen, sollte auch unter dem Aspekt der nationalen Wertschöpfung grundsätzlich überdacht werden.

- Welche spezifischen Faktoren sind für die beobachtete Entwicklung der Energiekosten verantwortlich und inwieweit kann die EU darauf Einfluss nehmen?

Die steigende Nachfrage nach Energie allgemein, die Importabhängigkeit bei fossilen Energieträgern im Speziellen treiben die Energiekosten in Europa. Die hohe Energieimportabhängigkeit der EU 27 hat in den letzten Jahren durch die deutlich gestiegenen Rohölpreise und den damit in Verbindung stehenden Preisentwicklungen bei zahlreichen Rohstoffen zu stark steigenden Kostenbelastungen für die Bevölkerung sowie zu einem erheblichen Kaufkraftabfluss aus der EU in Drittstaaten geführt. Obwohl die importierte Rohölmenge zwischen 2009 und 2011 sogar geringfügig reduziert werden konnte, hat sich der Geldabfluss aus der EU durch den massiv gestiegenen Ölpreis für den Jahresimportbedarf von ca. 3,6 Mrd. Fass Rohöl um 120 Mrd. Euro von ca. 160 auf ca. 280 Mrd. Euro erhöht. Auch der Geldabfluss für den Erdgasimportbedarf im Ausmaß von ca. 300 Mrd. m³ pro Jahr hat sich zwischen 2009 und 2011 um ca. 17 Mrd. Euro von ca. 60 auf ca.

77 Mrd. Euro pro Jahr erhöht. Wirkungsvolle Maßnahmen, um dem entgegen zu wirken, sind neben der Erhöhung der Energieeffizienz in allen Bereichen vor allem die stärkere Nutzung Erneuerbarer Energieträger und insbesondere der Biomasse.

- Wie sollte die Ungewissheit über die Anstrengungen und das Maß der Selbstverpflichtungen berücksichtigt werden, die andere Industrieländer und wirtschaftlich wichtige Entwicklungsländer in den laufenden internationalen Verhandlungen unternehmen bzw. eingehen werden?

Die internationalen Klimaschutz- und Post Kyoto-Verhandlungen haben gezeigt, dass auf internationaler Ebene die Bereitschaft enden wollend ist, konkrete Reduktionsverpflichtungen einzugehen. Die EU sollte sich weiterhin dafür einsetzen, ein verbindliches und für alle Staaten verpflichtendes Klimaschutzabkommen mit konkreten Reduktionszielen zu erreichen. Alleingänge oder auch einseitige Zugeständnisse Europas in der Klimapolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit noch weiter reduzieren würden, sind jedoch zu vermeiden.

- Wie kann für größere Rechtssicherheit für Unternehmen und gleichzeitig für ausreichende Flexibilität gesorgt werden, um Spielraum für Anpassungen an sich verändernde Umstände (z.B. durch Fortschritte in den internationalen Klimaschutzverhandlungen und Veränderungen auf den Energiemärkten) zu lassen?

Zielvorgaben sollten weiterhin auf EU-Ebene festgelegt werden, die konkrete Umsetzung sollte in die Zuständigkeit der MS fallen. Zur Festlegung der jeweiligen Maßnahmen bedarf es eines breiten partizipativen Prozesses der betroffenen Sektoren.

- Wie kann die Innovationsfähigkeit der verarbeitenden Industrie gesteigert werden? Könnten dafür die Einnahmen aus der Versteigerung von Zertifikaten eingesetzt werden?

Die Einnahmen aus den Zertifikatsversteigerungen sollten grundsätzlich für Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden. Innovationsanreize in der Industrie sollten marktgetrieben sein und bestenfalls mit zeitlich befristeten Anreizprogrammen unterstützt werden.

- Wie kann die EU die Erschließung konventioneller und unkonventioneller Energiequellen innerhalb der EU optimal nutzen, um niedrigere Energiepreise zu erreichen und die Importabhängigkeit zu verringern?

Grundsätzlich muss abgeklärt werden, wie hoch derartige Potenziale tatsächlich sind sowie welche Kosten und vor allem welche Risiken mit deren Abbau verbunden sind. Es muss ein Rechtsrahmen für derartige Verfahren etabliert werden und die Frage des Haftungsrisikos mit umfassen. Darüber hinaus bleibt noch die Frage zu klären, ob und wie umweltfreundlich und persistent diese Energiequellen und über welchen Zeitraum man den Energiebedarf (oder Teile davon) aus deren Abbau decken kann.

- Wie kann am besten eine größere Sicherheit der Energieversorgung gewährleistet werden, indem EU-intern (z.B. durch den Ausbau der notwendigen Verbindungsleitungen) für einen reibungslos und effizient funktionierenden Energiebinnenmarktes gesorgt und EU-extern die Energieversorgungswege diversifiziert werden?

Die Forcierung regionaler Lösungen ist unumgänglich, auch grenzüberschreitende Projekte und Lösungen müssen angestrebt werden. Dabei kommt erneut dem Ausbau der Nutzungen von erneuerbaren Energieträgern, insbesondere der Bioenergie, eine tragende Rolle zu.

4.5. Kapazitäten und Lastenteilung

- Wie kann mit dem neuen Rahmen eine gerechte Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten gewährleistet werden? Durch welche konkreten Maßnahmen kann ihren unterschiedlichen Fähigkeiten zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Vorgaben Rechnung getragen werden?

Wichtig ist, dass die jeweiligen Potenziale auf objektiver Basis genutzt werden. Vorleistungen einzelner MS müssen jedenfalls berücksichtigt werden.

- Welche Mechanismen wären geeignet, um einerseits die Zusammenarbeit zu fördern und eine gerechte Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten zu gewährleisten und andererseits eine größtmögliche Kosteneffizienz bei der Realisierung der neuen klima- und energiepolitischen Ziele anzustreben?

Es sollten regionale Kooperationen angestrebt werden, wo diese sinnvoll möglich sind. Jedenfalls müssen dem freien Warenverkehr und Binnenmarkt abträgliche Regelungen (z.B. im Zollbereich) raschest abgeschafft und zu einer objektiven Feststellung der Kosteneffizienz umgehend Kostenwahrheit bei fossilen und nuklearen Energieträgern hergestellt werden.

- Sind neue Finanzierungsinstrumente oder -vereinbarungen zur Unterstützung des Politikrahmens bis 2030 erforderlich?

Dies ist vordergründig eine Frage der generellen Mittelverfügbarkeit. Auf die Forcierung der regionalen Potenziale von erneuerbaren Energieträgern, insbesondere der Biomasse, sollte der Fokus gelegt werden. Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten müssen unbedingt auch in diesem Bereich zur Anwendung kommen.

5. ÜBERMITTLUNG DER ANTWORTEN IM RAHMEN DER KONSULTATION

Die Konsultation läuft noch bis zum 2. Juli. Einzelheiten zur Teilnahme an der Konsultation stehen auf folgender Website zur Verfügung:

http://ec.europa.eu/energy/consultations/20130702_green_paper_2030_en.htm

Mit freundlichen Grüßen

gez. August Astl
Generalsekretär der
Landwirtschaftskammer Österreich